
Pressemitteilung

Sperrfrist: 03. September 11 Uhr

Klimaschutz mit der Natur, nicht gegen sie: Lieber Wälder als Windräder!

Wirkungsvolles und kostengünstiges Konzept zur CO₂-Reduzierung vorgestellt

Berlin, 03. September 2020: Kritik an der Klima- und Energiepolitik der Bundesregierung haben heute in Berlin Natur- und Umweltschützer, Wirtschafts- und Energiefachleute sowie Sprecher von über 1.000 Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen geübt und gleichzeitig ein neues, wirkungsvolles und kostengünstiges Konzept zur CO₂-Reduzierung vorgestellt.

Durch ihre jetzige Klima- und Energiepolitik richte die Bundesregierung einen ökologisch und ökonomisch beispiellosen Schaden an. Mit den weltweit höchsten Stromkosten, absehbaren Lücken in der Stromversorgung und immer höheren CO₂-Abgaben belaste die Regierung die Bürger immer stärker und vernichte zahllose Arbeitsplätze, indem sie wesentliche Teile der Industrie ins Ausland vertreibe. Zugleich werde mit der geplanten Vervielfachung der Windkraftanlagen die Zerstörung von Natur und Landschaft hemmungslos vorangetrieben. Dabei könne man anthropogenes CO₂ in großem Umfang ökologisch wirkungsvoll und kostengünstig reduzieren: Durch zusätzliche Wälder im In- und Ausland. „Weniger als 10% der weltweit zur Verfügung stehenden Flächen für Aufforstungen genügen, um die gesamten CO₂-Emissionen Deutschlands zu kompensieren“, so der Vorsitzende des Energievernunft Mitteldeutschland e.V., der Biologe Dr. Uwe Schrader. Und der frühere Umweltsenator von Hamburg, Prof. Dr. Fritz Vahrenholt ergänzt: „Während die CO₂-Emissionen in Deutschland zurückgehen, steigen sie weltweit ungebrochen. Wälder statt Windkraft weltweit zu finanzieren, ist eine ökologisch und ökonomisch vernünftige Antwort. Mit Windkraft Wälder in Deutschland zu zerstören, ist dagegen verheerend!“

„Dass die Klima- und Energiepolitik der Bundesregierung schon lange gescheitert ist“, betont der Sprecher von über 1.000 Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen in der Bundesrepublik, Dr. Ing. Detlef Ahlborn: „An den Gesetzen der Physik, an den Gesetzen der Ökonomie und an den Gesetzen der mathematischen Statistik.“ Wenn die Pläne der Bundesregierung zur Energiewende umgesetzt würden, müsse rein rechnerisch quer durch Deutschland alle zwei Kilometer ein Windrad errichtet werden. Dass Windräder auch ökologisch höchst problematisch sind, erläutert der Energiewissenschaftler Dipl. Ing. Frank Hennig. „Die öffentliche Darstellung, Windkraftanlagen seien emissionsfrei, entspricht nicht den Tatsachen. Denn Herstellung und Entsorgung sowie die Lärm- und Mikroplastik-Emissionen müssen

auch betrachtet werden. Zudem lassen Windkraftanlagen Böden austrocknen und verändern regionales Wetter und Klima“, so Hennig.

Scharfe Kritik an der Bundesregierung übt auch der frühere Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt Dr. Horst Rehberger. Sie habe eine dramatische De-Industrialisierung eingeleitet. Denn preiswerte und sichere Energie sei für eine wettbewerbsfähige Industrie unverzichtbar. Nachdem die Energieversorgung immer teurer werde, seien viele Unternehmen genötigt, in Länder abzuwandern, die dank Kohle und Kernenergie wettbewerbsfähige Produktionen ermöglichen. „Insbesondere in den Braunkohle-Regionen und den Hochburgen der Automobilindustrie müssen wir mit stark wachsender Armut rechnen“, so Rehberger.

Einmütig fordern die Initiatoren des Konzepts „Lieber Wälder als Windräder“ die Schaffung eines auch nach dem Pariser Klimaschutz-Abkommen zulässigen **CO₂-Wälder-Kompensationssystems**. Danach wird in das CO₂-Emissionshandelssystem und das nationale CO₂-Abgabensystem die Option einer Treibhausgaskompensation durch zusätzliche Bäume/Wälder aufgenommen. Die für CO₂-Emissionen zu zahlenden Abgaben fließen dann in konkrete Aufforstungen im In- und Ausland. Die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) setzt das Wälder-Kompensationssystem um. Sie erfasst geeignete Flächen im In- und Ausland, schließt Verträge mit den Grundstückseigentümern und finanziert die Aufforstungen mit den Einnahmen aus dem CO₂-Wälder-Kompensationssystem. „Mit diesem Konzept sind zehn Euro ausreichend, um über Baumpflanzungen eine Tonne CO₂ zu kompensieren“, stellt Schrader fest.

In Schreiben an Bundeskanzlerin Merkel und die Bundesminister für Wirtschaft und Umwelt sowie die Vorsitzenden aller Bundestagsfraktionen fordern die Initiatoren des CO₂-Wälder-Kompensationssystems, endlich Klimaschutz mit der Natur und nicht gegen sie zu realisieren.

(das Konzept „Lieber Wälder als Windräder“ ist in der Anlage beigefügt).

Kontakt:

EnergieVernunft Mitteldeutschland e.V.
Am Schwabeplan 1b, 06466 Stadt Seeland, OT Gatersleben
Email: info@energievernunft-mitteldeutschland.de